

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

### Amtsblatt

der Königlichen Amtshauptmannschaft, der Königlichen Schulinspektion und des Königlichen Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Königlichen Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda und der Gemeindegemeinschaft des Bezirks.



### Anzeigeblatt

für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend, sowie für die angrenzenden Bezirke.

Ältestes Blatt im Bezirk. Erscheint seit 1846.  
Telegr.-Adresse: Amtsblatt. Fernsprecher Nr. 22.

Wöchentliche Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15.  
Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 90 Pfg., bei Zustellung ins Haus monatlich 1 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 2.85 ohne Zustellungsgebühr.

Postcheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 21543. — Gemeindevorstandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64.  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zm. Maffe 25, oder deren Raum 30 Pfg., örtliche Anzeigen 20 Pfg. Im Textteil (Zm. Maffe 17) 60 Pfg. die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Rabatt nach feststehenden Sätzen. — Unmündliche Anzeigen die gespaltene Zeile 50 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Blätter wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

## Wilson's neue Bedingungen.

### Eine hochmütige Antwort auf das deutsche Entgegenkommen.

Washington, 14. Oktober. (Reuter.) Der Staatssekretär hat heute nachmittag dem interimsistischen Geschäftsträger der Schweiz und Vertreter der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten folgende Note beizubringen: Staatsdepartement vom 14. Oktober.

Mein Herr! In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Übermittlung folgender Antwort zu ersuchen:

Die uneingeschränkte Annahme der von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in seiner Botschaft an den Kongress der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen von Seiten der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des Deutschen Reichstages berechtigen den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. und 12. Oktober 1918 abzugeben.

Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, welche dem Urteil und dem Rate der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und der alliierten Regierungen überlassen werden müssen, und der Präsident fühlt sich verpflichtet, zu erklären, daß eine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Überlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front schafft. Er hat das Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein wird.

Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten, noch er dessen ganz sicher ist, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als Kriegsführende assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands fortwähren, die ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken auszuüben, bei denen sie noch verharren. Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre Boote, die sie damit beschickt, auf der See Passagierschiffe zu versenken und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen ihre Passagiere und Besatzungen verharren, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzuge aus Flandern und Frankreich einen Weg mit willkürlicher Zerstörung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten Kriegführung betrachtet wurde. Die Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie enthalten, oft sogar ihrer Einwohner beraubt. Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderung und Verwüstung fortgesetzt werden, auf die sie mit Recht mit Schrecken und empörrtem Herzen hinblicken.

Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit eines Mißverständnisses entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck (very solemnly) die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht (to the language and plain intent) einer der Friedensbedingungen lenkt, welche die deutsche Regierung jetzt angenommen hat. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli d. J. in Mount Vernon gehalten hat. Sie lautet:

„Die Vernichtung jeder willkürlichen Macht überall, die für sich gehet und nach eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann oder, wenn sie jetzt nicht vernichtet werden kann, mindestens ihre Herabminderung zu einem schließlichen Unvermögen und (folgt eine Telegrammübersetzung).“

Die Macht, welche bisher die deutsche Nation beherrscht hat (controlled), ist von der Art, wie sie hier beschrieben wird.

Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Friede durch das Vorgehen (by the action) des deutschen Volkes kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit und dem befriedigenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, welche in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen unweidig wissen, mit wem sie verhandeln. Der Präsident wird eine besondere Antwort an die kaiserlich-königliche Regierung von Österreich-Ungarn abgeben.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochachtung. Robert Lansing.

In dieser Note kommt wieder das wahre Gesicht Wilsons zum Vorschein. Nicht als ehrlicher Schiedsrichter, sondern als Richter des deutschen Volkes will er sich aufspielen. Die Hoffnungen derer, die in Wilson den ehrlichen Makler sahen, der uns den Frieden bringen würde, sind leider schnell zerfallen.

Der Präsident erklärt, daß von einem Waffenstillstand nicht die Rede sein könne, solange „die betreffenden Streitkräfte Deutschlands ihre gefehrvolligen, unmenschlichen Handlungen fortsetzen“. Unter diese rechnet er die Vernichtung von belgischen und französischen Städten auf dem deutschen Rückzug und macht sich damit jene Wüthenden Verleumdungen zu eigen, die die traurige militärische Notwendigkeit in absichtliche deutsche Greuelthaten umzuwandeln suchen. Es ist nicht wahr, daß unsere braven Truppen Greuelthaten begangen haben, und es ist nicht als ein durchsichtiger Trick der Entente, unter diesem Vorwande den von Deutschland zur Vermeidung unnützen Blutvergießens vorgeschlagenen Waffenstillstand abzulehnen. Das deutsche Volk und sein tapferes Heer können stolz sein auf seinen reinen, unbedeckten Schild und sie haben es nicht nötig, als reuige Bisher vor Wilsons Richterstuhl zu treten.

Die dunkle Anbeutung der Note von der Vernichtung der willkürlichen Macht, die nach Belieben den Frieden der Welt führen kann, ist eine alles Maß übersteigende freche Herausforderung. Die willkürlichen Friedensstörer sind bei den Verbündeten Wilsons und der schneidigen Selbstherrscher der großen Demokratie über dem Ozean wird sehr wohl von den geheimen Abmachungen zur Vernichtung Deutschlands unterrichtet sein. Hängt Wilson aber am Formelkram, so mag ihm genügen, daß als Folge des parlamentarischen Systems durch die Abänderung der Reichsverfassung die volle Mitwirkung der Volkvertretung bei der Entscheidung über Krieg und Frieden sichergestellt ist.

Wir sind zu Zugeständnissen bereit. Wir haben uns auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt, wir haben erklärt, daß wir kein fremdes Recht tranken wollten, aber wir sind auch nicht gefonnen, das Opfer fremder Machtgier zu werden. Unsere bisherigen Zugeständnisse sind groß; unsere künftigen könnten noch größer sein; aber sie haben ihre unüberwindliche Grenze dort, wo es sich um unser Leben als Nation und um unsere nationale Ehre handelt. Einen Waffenstillstand, wie ihn die Entente-Strategen träumen mit Befestigung Pfalz-Lothringens, Metz, Helgolands und der Rheinbefestigungen wird das deutsche Volk, gleichviel wer an seiner Spitze steht, niemals eingehen. Noch ist Deutschlands Kraft ungebrochen und selbst ein ehrenvoller Untergang würde, wenn er unermesslich wäre, vom deutschen Volk dem Lobe vorgezogen werden, das die Verbündeten uns schenken zu bereiten gefonnen sind. Bisher hat der Präsident noch nicht mit klaren Worten gesagt, welcher Art die verlangten Bürgschaften und Garantien sind. Fordert er in der Tat mehr als das, was wir bereits zugesagt haben, so wird er auf eisernen Widerstand des ganzen deutschen Volkes stoßen, und der blutige Endkampf, den wir der Welt erklären wollten, mag beginnen.

Berlin, 16. Oktober. (Priv.-Tel.) Unter der Überschrift „Rechtsfrieden oder Gewaltfrieden“ führt die „Morgenpost“ aus: Wir haben lange gezögert, Herrn Wilson unser Vertrauen zu schenken, aber schließlich haben wir es getan, in dem Glauben, daß es wirklich ein Rechtsfrieden sei, den er vermitteln wolle. In der Tat aber ist das, was er uns mit seiner neuesten Note zumutet, nicht die Grundlage, auf der ein Rechtsfrieden aufgebaut werden kann, sondern es sind die Vorbedingungen für einen Gewaltfrieden. Die Sprache der Wilsonschen Antwortnote ist hochmütig und verlegend.

Im „Berl. Tagebl.“ heißt es: Deutschland hat die Entladung gezeigt, die bei schwachen Wählern den Tadel der Geschichte zu erwarten hätte, die aber ein zukunftsicheres starkes Volk nicht zu erniedrigen vermag. Wie aber steht es mit unseren Gegnern, die eine entfesselte Triumphlust dahin treibt, daß noch Tausende am Wege verdammt, noch Hunderttausende fallen müssen.

### Eine deutsche Gegenäußerung im Geiste der Versöhnlichkeit.

Berlin, 16. Oktober. (Priv.-Tel.) Die Antwort des Präsidenten Wilson ist, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt, früher als man erwartet hatte, eingetroffen. Sie führt die Diskussion teils weiter, teils erweitert sie dieselben. Es wird also eine neue Gegenäußerung der deutschen Regierung notwendig werden, so daß das praktische Ziel der Aussprache, die Herbeiführung eines Waffenstillstandes und die Einleitung von Friedensverhandlungen, noch nicht sofort zu erreichen sind. Die Aufstellung des Prinzips ist neu, daß die durch die Räumung zu schaffende Lage die jetzige militärische Überlegenheit der Entente unangefastet lassen müsse. Im Zusammenhang mit dieser Frage erhebt die Note gegen die deutsche Kriegführung den Vorwurf der Ungezelligkeit und beschuldigt und überzieht zum mindesten die militärischen Notwendigkeiten, unter deren Zwang die deutsche Heeresleitung handelt solange nicht die Einstellung der Feindseligkeiten erreicht ist. Die Beantwortung der amerikanischen Note erfordert eingehende Beratungen. Dabei wird die deutsche Regierung sich weiter von dem Geiste der Versöhnlichkeit und dem Wunsche nach Beendigung des Blutvergießens leiten lassen und so ihren Entschluß unter Wahrung der Interessen des Deutschen Reiches fassen.

Berlin, 16. Oktober. (Priv.-Tel.) Die Regierung wird sich zweifellos wieder mit der Obersten Heeresleitung in Verbindung setzen, um die Antwort auf die Wilsonschen Bemerkungen bezüglich des Waffenstillstandes und der Räumung zu formulieren. In parlamentarischen Kreisen, auch in den Kreisen der Linken, herrscht große Entrüstung über die Wilsonsche Note. Es ist anzunehmen, daß man jetzt von Wilson verlangen wird, er möge klipp und klar seine Bedingungen mitteilen, wie er sich einen Waffenstillstand oder eine Räumung denkt, und von dieser Antwort wird es abhängen, ob man die Verhandlungen überhaupt noch weiter führt oder nicht.

### Der Reichstag tritt heute nicht zusammen.

Berlin, 15. Oktober. (B. L. B.) Der Ableistat des Reichstages beschloß in seiner heutigen Sitzung, die für morgen festgesetzte Sitzung des Reichstages ausfallen zu lassen. Die Unterbrechung des Zeitpunktes der nächsten Sitzung wird dem Präsidenten überlassen.

### Bellegung der Kanzlerkrisis.

Berlin, 15. Oktober. (B. L. B.) Wie wir hören, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, mit Rücksicht auf die politische Gesamtlage gegen das Verbleiben des Reichskanzlers Prinzen Max von Baden nichts einzuwenden. (Damit ist die Briefaffäre glücklicherweise erledigt.)

### England und Frankreich wollen den lothringischen Raub teilen.

Aus Bern wird gemeldet: Der Pariser Vertreter des „Observer“ schreibt zum Thema der lothringischen Eroberung: Wenn der Krieg für uns siegreich endet, wie wir jetzt annehmen berechtigt sind, dann wird Frankreich wieder in